

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 282-295
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Hochbahnerstreik in Berlin.

Alle Verhandlungen abgebrochen.

In einer Versammlung des Fahrpersonals der Hoch- und Untergrundbahn, die in der vergangenen Nacht auf Bahnhof Gleisdreieck stattfand, wurde einstimmig beschlossen, heute früh den Fahrbetrieb nicht wieder aufzunehmen. Die Hoch- und Untergrundbahn liegt also in ihrem gesamten Umfang still. Zum Streik selbst erfahren wir folgende Einzelheiten:

Der für das Fahrpersonal gültige Montettarifarvertrag ist von den Gewerkschaften, dem Deutschen Verkehrsband und der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (christliche Richtung) zum 1. Oktober gekündigt worden. Die Forderungen des Personals erstrecken sich auf die Wiedereinführung des achtstündigen Arbeitstages, auf die Bezahlung der Ueberstunden mit 33 1/2 Proz. auf eine Verlängerung des Urlaubs bis auf 20 Tage nach zehnjähriger Dienstzeit und auf eine Verbesserung der Krankheitsbezahlung. Die Verhandlungen mit der Hochbahn-Direktion scheiterten an dem Starrsinn der Direktion. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses vom 21. Oktober brachte dem technischen Personal wohl die achtsündige Arbeitszeit und sprach eine Ueberstundenbezahlung von 25 Proz. zu, ließ aber im übrigen alle sonstigen Wünsche unberücksichtigt. Auch die Lohnforderungen wurden nur in unvollkommenem Maße erfüllt. Das technische Personal nahm aber diesen Schiedspruch mit Rücksicht auf den wiedereröffneten Arbeitstag an.

Für das Verkehrspersonal wurde dagegen die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden und 31 Minuten festgesetzt. Auch die Forderung des Personals auf Einreihung in die Reichsbesoldungsordnung wurde nicht erfüllt; auch die Bezahlung der Krankheitsstage sollte die gleiche bleiben wie bisher. Der Spruch wurde daher vom Verkehrspersonal abgelehnt, gleichzeitig aber die Gewerkschaften beauftragt, erneut mit der Direktion zu verhandeln. Diese Verhandlungen scheiterten wiederum und die christliche Organisation rief nunmehr den Schlichter von Groß-Berlin zur Vermittlung an. Bei den sich daraus ergebenden Verhandlungen beantragte jetzt die Direktion der Hochbahngesellschaft die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches, die auch am 5. November ausgesprochen wurde.

Das Personal nahm zu der neugehoffenen Situation Stellung und beschloß, eine Urabstimmung vorzunehmen. Die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für den Streik. Um aber alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, wurde eine Kommission zu nachträglichen Verhandlungen bevollmächtigt. Die Direktion war sich offenbar des Ernstes der Lage noch nicht bewußt, denn sie ließ auch diese letzten Verhandlungen ergebnislos verlaufen.

Inzwischen erschien auf den Dienststellen ein Anschlag der Direktion folgenden Inhalts: „Der am 21. Oktober gefällte Schiedspruch ist vom Schlichter für Groß-Berlin am 5. November für verbindlich erklärt. Damit sind die Arbeitsbedingungen bis zum 30. September 1925 und die Lohnbedingungen bis zum 31. Dezember 1924 endgültig und für beide Teile verbindlich geregelt. Es ist uns bekanntgegeben, daß das Verkehrspersonal durch eine Urabstimmung den Streik beschlossen hat. Wir machen alle unsere Arbeitnehmer darauf aufmerksam, daß jeder, der diesem Beschluß folgt und seine Arbeit nicht ordnungsgemäß verrichtet, sich eines Vertragsbruches schuldig macht. Er hat sich als entlassen zu betrachten.“

Bei dem Hochbahnerpersonal verfiel diese alte Taktik der Direktion nicht mehr. Die Nachversammlung beschloß einstimmig, die Arbeit ruhen zu lassen. Schon im Frühjahr dieses Jahres, als durch die Starrköpfigkeit der Hochbahngesellschaft eine ähnliche Situation heraufbeschworen war, suchte die Direktion ihre letzte Zuflucht in einem ähnlichen Anschlag. Wenn sich damals noch das Personal durch die Drohungen des Anschlages einschüchtern ließ, so muß festgestellt werden, daß diese Waffe inzwischen stumpf geworden ist. Wie sich die Direktion durch die einstimmige Arbeitsniederlegung überzeugt haben wird, kann man eben mit ganz gewöhnlicher Scharfmacherei auf die Dauer nicht die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer unterdrücken. An der Hochbahndirektion wird es nunmehr liegen, wie lange dieser Streik, der tief in das Berliner Verkehrsleben einschneidet, dauern soll.

Nach dem Bericht der T.L., der offenbar von der Direktion der Hochbahngesellschaft herrührt, ist mit einer längeren Streikdauer zu rechnen, da die Hochbahndirektion erklärt hat, hierbei (d. h. in der Frage der Arbeitszeit, der Einstufung in die Reichsbesoldungsordnung und der Bezahlung der Krankheitsstage) „keine Zugeständnisse machen zu können.“

Um aber dennoch auf ihre Weise zur raschen Beendigung des Streiks beizutragen, hat die Direktion sämtliche Beamte und Arbeiter der Gesellschaft brieflich aufgefordert, die Arbeit am Mittwoch früh wieder aufzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht nachkomme, habe sich als entlassen zu betrachten.

Wenn dieser Schreckschuß wirkte, wäre es nicht erst zum Streik gekommen. Die Direktion wird schon einiges Entgegenkommen zeigen müssen. Mit entlassenen Personal kann die Hochbahn nicht fahren.

Munitionsmangel im Wahlkampf

Der Reichspräsident soll helfen.

Infolge der inneren Zerfetzung ist den Deutschnationalen jedes Zugmittel für Wahlveranstaltungen ausgegangen. Ihre Zusammenkünfte sind wie ihre Presse von einer geradezu lässlichen Langeweile. Deshalb greifen sie zu den dümmsten Mitteln, um irgendein Feuerchen anzuzünden zu können. Ihr Haß gegen den preussischen Minister des Innern, Seevering, ist geradezu sprichwörtlich geworden. Jeder ihrer Redner pflegt mit besonderem Brustton der Ueberzeugung auszurufen: „Severing muß fort!“ Und die bestellten Jünglinge vom Bismarck-Bund, die in ihren Wahlveranstaltungen herumlungern, pflegen befehlsgemäß lebhaft Beifall zu spenden.

Neben Severing ist es der Reichspräsident Ebert, dem die besondere Aufmerksamkeit der „Halben“ gilt. Ihn pflegt die deutschnationale Presse als den bösen Geist der Republik darzustellen, der alle Fäden in seiner Hand vereinigt und die Parteien wie Marionetten an der Strippe bewegt. Alle patentierten Patrioten gucken sich die Augen aus nach einem „Führer“, der Deutschland wieder zur ruhigen Entwicklung bringen könnte. Wir sind nicht ganz so naiv, anzunehmen, daß ein Führer vom Himmel fallen und allen Schmerz und Leid beseitigen könnte. Aber als Sozialdemokraten wissen wir, daß noch zu jeder Zeit unter den jeweiligen Verhältnissen die gegebenen Führer aus dem Volke herausgewachsen sind, wenn die „geborenen“ und „ererbten“ von der Bildfläche verschwanden. Wenn man den Angriffen der Deutschnationalen auf den Sozialdemokraten Ebert glauben darf, dann ist er allerdings der Führer, den sie in anderen Lagern vergeblich zu erspähen suchen. Wenn es wahr ist, was sie behaupten, daß der Reichspräsident es tatsächlich fertigbringt, die schönsten Verschwörungen von Stresemann und Hertg auseinanderzuprennen, dann wäre er ein Mann von so überragender Führereigenschaft, daß sich selbst die „Halb und Halben“ vor ihm neigen sollten.

Auf diese Idee sind sie freilich noch nicht verfallen. Im Gegenteile begreifen sie ihn in der kleinlichsten und unwürdigsten Weise. Neuerdings wird es geradezu zum Sport, den Reichspräsidenten als einen „Landesverräter“ darzustellen. Aber selbst dieser Unfuss ist nicht einmal auf deutschnationalem Boden gewachsen. Sie haben erst der völkischen Hilfe bedurft, um den „Landesverräter“ zu entdecken.

Wie unseren Lesern bekannt, ist von einem völkischen Agitator namens Ganzer in München zuerst der Reichspräsident als Landesverräter beschimpft worden, und als er deshalb vor Gericht gezogen wurde, erklärte er, Ebert habe im Jahre 1918 einen Munitionsarbeiterstreik inszeniert, und das sei in Wirklichkeit ein Landesverräter gleichzustellen. Durch Vernehmung des Reichspräsidenten und der von Ganzer selbst benannten Zeugen wurde das Unannehme der Behauptung sofort klargestellt. Das Münchener Schöffengericht aber besaß die Dreistigkeit, trotz der erfolgten kommunistischen Vernehmung des Reichspräsidenten diesen persönlich vorzuladen. Auf den Rat seines Rechtsbeistandes, des Genossen Heine, hat der Reichspräsident allerdings darauf verzichtet, sich vor dem Münchener Gericht zum Gegenstand völkischer „Ovationen“ zu machen.

Trotz allem aber wiederholen die völkischen und deutschnationalen Blätter die Unterstellung, als ob tatsächlich der gegenwärtige Reichspräsident durch Anzettlung eines Munitionsarbeiterstreiks die Verteidigung des Landes gefährdet habe. Genosse Heine hat nun vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt“ gegen diesen „Landesverratschwindel“ sehr ausführlich sich geäußert und für den bürgerlichen Leserkreis dargelegt, was jeder Sozialdemokrat ohnehin weiß, nämlich, daß seiner ganzen Stellung nach der damalige Parteivorsitzende der alten Sozialdemokratie, Ebert, mit dem Beginn des Munitionsarbeiterstreiks von 1918 nichts zu tun hatte und daß er erst auf Verlangen der sozialdemokratischen Vertrauensleute im Auftrage des Parteivorstandes sich dem Aktionskomitee zur Verfügung stellte, um einen ehrenvollen Abschluß des Streiks herbeizuführen. Heine sagt u. a.:

„Im Januar 1918 brach als Ausdruck der allgemeinen Mißstimmung, die in dem hungernden, verzweifelden Volke entstand und von Spartakisten genährt wurde, ein politischer Generalstreik aus. Sowohl die Generalkommission der Gewerkschaften als der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei standen diesem Streik vollkommen fern und wurden von ihm übersehen. Sie lehnten jede Verantwortung für diese gefährliche Torheit ab. Arbeiter aus der Mehrheitssozialdemokratie, die in den Betrieben gewaltsam zur Teilnahme am Streik genötigt wurden, baten über den Parteivorstand, Delegierte in den Streikauschuß zu entsenden, damit auch ihre Interessen und die der sozialdemokratischen Politik gewahrt würden. Erst auf die Aufforderung der Streikleitung selbst, in der die intransigente Richtung schließlich doch unterlag, trat Ebert zusammen mit zwei anderen sozialdemokratischen Abgeordneten in das Komitee ein, zu dem ausgesprochenen Zwecke, den Streik in geordneten Bahnen zu halten und ihn gerade im Interesse der Vaterlandsverteidigung durch Verhandlungen mit der Reichsregierung möglichst schnell beizulegen. Zu diesen Verhandlungen kam es leider nicht, weil der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Wallraf (jetzt noch deutschnationaler Reichstagspräsident) Red. d. „N.“ sich darauf verstellte, nur mit Abgeordneten und nicht mit den Arbeitern selbst zu sprechen, und weil das Oberkommando in den Marken in blinder Verkennung der Sachlage jede Tätigkeit des Streikkomitees unterlagte. In anderen Städten, wo die Behörden sich auf Verhandlungen

Preußens Hilfsaktion am Rhein.

200000 Mark Unterstützung für die Notstandsgebiete.

Koblenz, 10. November. (T.L.) Vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz sind im Auftrage des preussischen Ministeriums des Innern zur Behebung der durch das Hochwasser entstandenen Schäden für die Rheinprovinz 200000 Mark bereitgestellt worden. Mit diesem Betrage dürfte jedoch die Hilfe der Regierung nicht abgeschlossen sein. Die 200000 Mark werden hauptsächlich zum Trodnen der durchnässten Häuser verwendet werden. Die Hauptleistung dürfte jedoch den Gemeinden anheimfallen. Zurzeit werden die Unterlagen für Unterstützung der geschädigten Winzer, die besonders in der Moselgegend schwere Einbußen erlitten haben, geprüft.

Riesenversammlung in Köln.

Otto Braun und Sollmann als Redner.

Köln, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Sozialdemokratie eröffnete den Wahlkampf mit einer Riesenversammlung in der Kölner Messe, in der der preussische Ministerpräsident Otto Braun und der Spitzenkandidat für Köln-Machen Genosse Sollmann sprachen.

Otto Braun wandte sich scharf gegen die Rechtsparteien und sagte: Mitverantwortlich für die politische Vermirrung sei vor allem die Deutsche Volkspartei, auf die fast alles zurechtlege, was über die Deutschnationalen zu sagen sei. Sie sei eifrig bemüht gewesen, in das republikanische Staatschiff die nationalistische Konterbande einzuschmuggeln. Ihr Spiel wurde durch die Taktik der Sozialdemokratie durchkreuzt. Es ist viel von einer Volksgemeinschaft die Rede gewesen. Es kann nur wirksam und fruchtbar sein, wenn der rechte Gemeinschaftsgeist in all denen lebt, die diese Gemeinschaft billigen. Wenn aber der bestehende Teil des Bürgertums, Deutschnationale und Volkspartei, eifrig Propaganda für den Bürgerblock gegen die stärkste Partei des Reiches, gegen die Sozialdemokratie treiben, kann es ihnen mit der Volksgemeinschaft nicht ernst sein. Die Sozialdemokratie fürchtet den Bürgerblock nicht. Sie wird dem Kampf nicht aus dem Wege gehen. Aber zum Besten des Landes werde eine solche Politik nicht ausgeschrieben. Die Sozialdemokratie gehe mit großer Zuversicht in den Kampf. Sie werde ihn führen gegen den Bessbürglerblock und das System der Ausbeutung, gegen Anarchie, Reaktion und Krieg und für Republik, Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Sollmann wandte sich gegen die „Kölnische Zeitung“, die jetzt täglich die nationale Zuverlässigkeit der Sozialdemokratie anzweifelt, obwohl sie genau wisse, daß das Rheinland nicht durch liberale Kommernzienräte und deutschnationale Professoren, sondern durch die Arbeiter gerettet worden sei. Sehr un-

angenehm sei den nationalen Herrschaften die Erinnerung an ihre Versackungspolitik. Es sei aber nicht zu leugnen, daß die gesamte deutschnationale Volkspartei und führende Teile der Deutschen Volkspartei, freilich auch vereinzelt Demokraten und Zentrumslite drum und dran gemerkt seien, im Herbst 1923 das Rheinland zu opfern und sich auf ein Rumpfdeutschland zurückzuziehen. Dieser Verrat am Rheinland sei von den sozialdemokratischen Reichsministern leidenschaftlich bekämpft worden. Die Große Koalition im Reich sei zugrunde gegangen, weil die Volkspartei durch ihre Mißhandlung Sachsens und die Schonung Bayerns eine reine Klassenregierung aufgerichtet habe. Nach dem Wahlen werde die Sozialdemokratie kampfsüchtiger und innerlich kräftiger sein, als in der Hochflut der Inflation. Diese Kräftigung würde sich bemerkbar machen, sei es in einer Koalitionsregierung, sei es in der Opposition.

Die Reden fanden stürmischen Beifall. Einige Kommunisten, die stören wollten, wurden von unseren Reichsbannerleuten an die Luft gesetzt. Eine Diskussion wurde wegen des Mißbrauchs, den die Kommunisten während des letzten Wahlkampfes mit der freien Aussprache getrieben haben, nicht zugelassen.

Völkische Einbrecher.

Der „Jungdeutsche Orden“ stürmt eine Synagoge.

Kassel, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde in Hersfeld in das israelitische Bethaus eingebrochen und die Fenster zertrümmert, um in das Innere der Synagoge zu gelangen. Dort wurden kostbare Dedn entwendet und großer Schaden durch Zerstörung eines Teiles der Inneneinrichtung angerichtet. Die Dedn wurden in die Fulda gemworfen, woraus die Polizei sofort erkannte, daß es sich um die Tat von Antisemiten handelt. Sie ging damit nicht fehl. Denn es stellt sich heraus, daß der Bankbeamte Thielow, der Sohn eines staatlichen Oberförsters, aus Niederorria, ferner ein gewisser Göhe und Reinmüller, alle drei Mitglieder des jungdeutschen Ordens, sowie ein Ingenieur Deiting als Täter in Frage kommen.

Hameln, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Urheber des Giftattentates, das am Sonntagabend auf dem Bahnhof Hessisch-Ondendorf gegen Angehörige des Reichsbanners aus Rinteln verübt worden ist, ist nunmehr in der Person des Dr. Lange in Hessisch-Ondendorf einwandfrei ermittelt. Der Hergang der Tat konnte lädenlos festgestellt werden. Der Verbrecher ist Mitglied des Jungdeutschen Ordens, dessen Abzeichen er während der Tat selbst trug. Der Staatsanwaltsoffizier ist das Ergebnis der Ermittlungen unterbreitet, ebenso der Regierung in Kassel, die dem Schurken den Betrieb der Apotheke entziehen wird.

en mit den Vertretern der Sozialdemokratie und der Arbeiter einsehen, wurde der Streit binnen weniger Tage zur allgemeinen Berichtigung abgebrochen. In Berlin dauerte er dank dieser Umsichtlichkeiten etwas länger.

Jedem, der nicht völlig die Zeit verschlafen hat, werden die schweren Kämpfe in Erinnerung sein, die um jene Zeit innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung ausgetragen wurden. Und jeder, der nicht absichtlich die Augen vor den Tatsachen verschließt, wird sich erinnern, daß gerade Ebert als Führer der alten Sozialdemokratie in den Auseinandersetzungen mit den Spartakisten und den ehemaligen Unabhängigen in vorzüglicher Weise stand. Der ganze Streit unter den Rechts- und Linkssozialisten drehte sich ja einzig und allein um die Stellung zur Landesverteidigung. Daß dem sozialdemokratischen Parteivorstand, und insbesondere seinem Vorsitzenden Ebert deshalb nicht nur von spartakistischer Seite, sondern auch von den Unabhängigen die schwersten Vorwürfe gemacht wurden, daß er noch bis weit nach dem Kriege als „Sozialpatriot“, als „Kaisersozialist“, ja sogar als „Sozialverräter“ bezeichnet wurde, ist allgemein bekannt.

Ohne daß wir heute alte Wunden aufreißen wollen, muß an diese Tatsache doch erinnert werden angesichts der Ungeheuerlichkeit, daß nun gerade Ebert in Gemeinschaft mit Scheidemann und anderen „Sozialpatrioten“ als ein Landesverräter dargestellt wird. Die „Kreuz-Zeitung“ hat den Artikel des Genossen Heine zum Anlaß genommen, eine ganze Beilage der Rolle Eberts im Januarstreik zu widmen. Darin führt sie ein kunterbuntes Gemisch von Zitaten aus allen möglichen Schriften auf, durch das sie beweisen will, daß der Munitionsarbeiterstreik vom Januar 1918 an sich politischen Charakter hatte und für die Landesverteidigung gefährlich geworden sei. Von einer politischen Tätigkeit Eberts, außer der von Heine zugegebenen und allgemein bekannten, kann allerdings selbst die „Kreuz-Zeitung“ nichts nachweisen. Um so eigensinniger hält sie an der Fiktion fest, daß jeder, der damals an der Zeitung und an den Verhandlungen beteiligt war, ein Landesverräter sei.

In einer neuen Erklärung an das „Berliner Tageblatt“ sagt Wolfgang Heine:

In Köln und München waren die Behörden klug genug, den Einfluß der sozialdemokratischen Führer auf die Massen nicht zurückzuweisen, und infolgedessen hat hier der Streit sehr bald ein Ende gefunden. Im bayerischen Landtag hat der Minister selbst den Sozialdemokraten seinen Dank für ihre Hilfe ausgesprochen. Nur in Berlin, wo engstirnige, dem politischen Leben völlig fernstehende Bürokraten und Militärs sich einbildeten, man müßte solche Bewegungen mit Gewalt unterdrücken, hat sich der von vornherein aussichtslose Streit etwas länger hingezogen. Gerade Gewaltmaßnahmen solcher Art haben dazu beigetragen, die Stimmung im Lande zu verderben und den Geist des Heeres an der Front dadurch zu ersezen, daß der höchste Dienst für die Sicherheit des Vaterlandes als Strafe gegen unbotmäßige Arbeiter verhängt wurde.

Erschäftigt wird selbst in den Kreisen der Deutschnationalen niemand daran glauben, daß der angebliche „Landesverräter“ irgendeine positive Unterlage habe. Das ganze Gerede läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, daß den Deutschnationalen die geistige Munition im Wahlkampf abhandeln gekommen ist und daß sie nun mangels eines eigenen Führers sich an den Reichspräsidenten halten, damit er ihnen, wenn auch wider Willen, in irgendeiner Weise den nötigen Zündstoff für ihre Propagandareisen liefere.

Sie werden freilich damit keinen Erfolg haben. Denn, nachdem ihre böden Verleumdungen über die vermeintlichen Rittergüter, Jagdschlösser und Villen des Reichspräsidenten ergebnislos verpufft sind, wird auch ihre patriotische Enttäuschung über den „Landesverräter“ ins Wasser fallen. Der 7. Dezember wird vollenden, was in Anhalt, Mecklenburg und Hamburg so hoffnungsvoll begonnen ist: der deutschnationale Spieß, der sich seit dem 4. Mai so wichtigtuend breit machte, wird verschluckt werden und

der neue Reichstag ein Gesicht bekommen, das den Ausreißern von 1918 und ihren Trabanten sehr wenig angenehm sein wird!

Der Kakenjammer.

Nach der Bürgerblockseite in Anhalt.

Im ersten Schrecken über das Resultat von Anhalt hat die Rechtspresse alle Vorsicht vergessen und ihr wahres Gesicht gezeigt — fassungslos, von Entsetzen erschlagen. Das waren schon keine Elegien mehr, sondern der Anfang einer Panik. Heute, vierundzwanzig Stunden später, suchen sie die Fassung wiederzugewinnen. Aber es gelingt nicht mehr recht. Das Entsetzen wird jetzt durch fassungslose Wut abgelöst — die zeigt noch deutlicher, wie die Rechtsparteien die Niederlage am 7. Dezember unvermeidbar herannahen fühlen. Sie tobten: „internationale Dissidenten gegen christliche Parteien“ — wobei die „Kreuz-Zeitung“, die sich nicht anders helfen kann, das Zentrum zu den „internationalen Dissidenten“ rechnet; oder „Wahlterror des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“, wie in der „Deutschen Zeitung“ zu lesen steht; oder, in trauter Gemeinschaft mit der „Deutschen Zeitung“ die „Rote Fahne“:

„Der Stimmenzuwachs der SPD. ist hauptsächlich auf den bis zum Wahlterror getriebenen Schlepperdienst unter den Richtwählern durch das Reichsbanner zurückzuführen. Magdeburg, die Bundeshauptstadt des schwarzrotgoldenen Faschismus, hatte ganze Regimenter auf Anhalt am letzten Sonntag losgelassen.“

Kommunist — deutschnationale Klage über Wahlterror durch Republikaner — ein feines Bild.

Noch erheiternder als der Anblick des Grimmes der Unterlegenen ist der Krach der Bundesbrüder untereinander. Deutsche Volkspartei und Deutschnationale wollen plötzlich nichts mehr voneinander wissen. Triumphierend zog die Rechtspresse nach der Reichstagsauflösung in den Wahlkampf mit der Parole: „Bürgerblock oder Sozialdemokratie“. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schrie nach dem Wahlbündnis der Rechtsparteien, Block der Rechten war die Parole. Heute schreibt dieselbe „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

„Auch wir sind zu Beginn des Wahlkampfes für ein Wahlbündnis zwischen Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei eingetreten. Das soll nun nicht aber so verstanden werden, daß die Parteienunterschiede vollständig in einer Sammelliste zerfließen müßten, denn die Anziehungskraft der in einem Wahlblock vereinigten Parteien wird zweifellos nicht erhöht.“

Zweifellos! Die parteioffizielle „Nationalliberale Korrespondenz“ der Volkspartei wendet sich ebenfalls mit Schauern von den Deutschnationalen ab:

„Wie kann die Wahlmündigkeit beseitigt werden? Zweifellos nicht dadurch, daß noch einmal Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei sich zu einer gemeinsamen Liste vereinigen. Im Gegenteil hat die Reichsparteileitung der Deutschen Volkspartei von vornherein das Richtige getroffen, als sie gleich nach Auflösung des Reichstages die Parole ausgab: „Die Deutsche Volkspartei führt den Wahlkampf selbständig!“ Würde man den Vorschlägen gewisser sogenannter überparteilicher Organisationen folgen und eine gemeinsame Liste von Deutscher Volkspartei und Deutschnationaler Volkspartei herstellen, so würde die Ausführung eines solchen Vorschlages nicht geeignet sein, die Wahlmündigkeit im bürgerlichen Lager zu heben. Die praktische Politik beider Parteien war doch im entscheidenden Augenblick und in großen Fragen zu verschieden, als daß man von ihren Wählern verlangen könnte, sich nun ohne weiteres zu einer Listenvereinbarung zu verstehen.“

Zu allem streiten sich nun die Bürgerblockbundesgenossen um den Anteil an den Stimmen, die sie gemeinsam erworben haben. Die Volkspartei fühlt sich geschäftstüchtiger und rekonstruiert den Löwenanteil für sich. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt:

„Die genaue Stimmenglieder der Deutschen Volkspartei läßt sich nicht angeben, da die volksparteilichen Stimmen in den

74255 Stimmen der Volksgemeinschaft Stadt und Land enthalten sind. Zieht man aber die Verhältnisse im deutschnationalen Lager in Betracht, so ist der Schluß wohl nicht verfehlt, daß die Wahlmündigkeit nicht auf volksparteilicher, sondern auf deutschnationaler Seite liegt. Könnten die Ziffern der Deutschen Volkspartei gesondert erscheinen, so würde ein erheblicher Zuwachs der D.V.P. festzustellen sein.“

Alles in allem: Anhalt hat eingeschlagen! Aber es ist noch nicht zu Ende! Rüstingen-Bilhelmshaven daselbe Bild, und es geht weiter. Es geht weiter! Da ist kein Halten mehr bis zum 7. Dezember. Die Abrechnung kommt, bald wird das Entsetzen der Rechten zur hellen Panik geworden sein!

Abgeordnetenimmunität und Interregnum.

Der Ueberwachungsausschuß wird die Frage behandeln.

Am Mittwoch, 12. November, tritt der Ueberwachungsausschuß des Reichstages zusammen, um zu der Frage der Immunität der Mitglieder des Ueberwachungsausschusses und des Auswärtigen Ausschusses während des Reichstagsinterregnums zu beraten. Als die Auflösung des Reichstags im Dezember 1923 befohlen, vertrat der stellvertretende Vorsitzende, daß für den Fall der Auflösung „die nach Artikel 27 bzw. 35 der Verfassung in Funktion bleibenden Organe des Reichstags im Besitz ihrer gesetzlichen Rechte verbleiben“. Diese Stellungnahme hat der damalige Reichstagspräsident Löbe in der Plenarsitzung vom 8. Dezember 1923 dem Reichstag zur Kenntnis gebracht.

Unter dem Regime des deutschnational-volksparteilichen Innenministers Jarres begann die Verfolgung auch jener Mitglieder der SPD, die in den Ausschüssen saßen. Die SPD hat sich deshalb am 30. Oktober beim deutschnationalen Reichstagspräsidenten beschwert. Sie erhielt von Walford die Antwort, daß er bereits „mit dem Reichsminister des Innern zwecks Wahrung der Rechte der nach Artikel 35 der Reichsverfassung fungierenden Ausschussmitglieder in Verbindung getreten“ sei. Wir haben sein Schreiben an den Innenminister, in dem er sich ganz auf den Standpunkt seines Vorgängers und aller Kommentatoren der Reichsverfassung stellt, schon am 3. November veröffentlicht. Inzwischen sind zwar bereits einige weitere Tage ins Land gegangen, aber eine Erklärung des Herrn Jarres liegt immer noch nicht vor.

Trotzdem wird die SPD. auch weiter über die „Terrorpartei“ der — Sozialdemokraten Zeiter und Mordio schreien und den deutschnationalen Lokaldienstleistungen. Ein echter Betrügerrevolutionär von Rostau Gnaden hat seine eigene Auffassung von der „Terrorpartei“

Ein Präzedenzfall.

Uns wird geschrieben: Zu der jetzt aufgeworfenen Frage, ob die Mitglieder des Auswärtigen bzw. Ueberwachungsausschusses des Reichstages auch nach der Reichstagsauflösung immun sind, kann festgestellt werden, daß diese Frage nach der Auflösung des vorigen Reichstages bereits zu entscheiden war, und zwar in dem Fall des früheren Reichstagsabgeordneten Eichhorn. Gegen diesen war im Jahre 1919 ein Haftbefehl erlassen worden, der im Jahre 1924 nach der Auflösung des früheren Reichstages hätte vollstreckt werden können, wenn Eichhorn nicht immun war. Er war damals Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und nahm als solcher den Schutz der Immunität in Anspruch. Die für die Vollstreckung des Haftbefehls zuständige Behörde, die Staatsanwaltschaft I Berlin, hat die Frage damals geprüft und sich auf den Standpunkt gestellt, daß Eichhorn als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses immun sei, und daß der Haftbefehl nicht vollzogen werden dürfe.

Der Magistrat von Hannover hat dem Antrag des Oberbürgermeisters Leinert, ihn zum 1. Januar 1925 mit den ihm zustehenden Bezügen in den Ruhestand zu versetzen und ihn bis dahin zu beurlauben, zugestimmt.

Türkische U-Boote. Das türkische Wehrministerium stellt wegen Gaus von sechs Unterseebooten mit einer ausländischen Gesellschaft in Unterhandlung.

Theater nie unter seinem Regime stand. Es bestand ein Lieferungsvertrag. An der Schließung des Theaters waren wir weder finanziell noch sonstwie beteiligt.

Es ist unwahr, daß das Experiment mit dem Steglitzer Schauspieltheater völlig negativ endete. Wahr dagegen, daß wir mit diesem Theater überhaupt kein Experiment gemacht haben, vielmehr dem Theater, mit dem wir an sich ja nichts zu tun hatten, eine Beihilfe befohlen und ein Darlehen bewilligt, um dem Direktor die Abwicklung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen und die Schädigung der Schauspieler durch einen Zusammenbruch des Theaters zu verhindern. Es wurde dann auch die Spielzeit bis zur Verpachtung des Hauses an eine Sommerdirektion durchgeführt.

Man sieht, der Bühnenvolksbund ist ein Wohltäter der Menschheit. Er besorgt Theater, mit denen er nichts zu tun hat, Beihilfen, gibt ihnen Darlehen usw. Es lohnt nicht, über Worte zu streiten, wo Tatsachen vorliegen. Das Theater in der Kommandantenstraße wurde sogar als „Theater des Bühnenvolksbundes“ bei der Gründung bezeichnet.

In einem Zirkular an die Presse teilt der Bühnenvolksbund weiter mit, daß er von seinem Vorpächterrecht beim „Dramatischen Theater“ keinen Gebrauch gemacht hat, vor allem weil „die sinnlose und unwahrscheinliche Heße der Linkspresse ein gedeihliches Arbeiten im Augenblick mindestens erschwert“. Aber auf Grund von Kreditzusagen wird der Plan eines christlich-nationalen Theaters in Berlin energisch weiter verfolgt. Vielleicht probiert es Herr Gerst, nachdem er mit der Wohltätigkeit und den indirekten Methoden der Beihilfegabe bisher in Berlin Fiasco erlitten hat, mit einer offensichtlichen Theatergründung. Er kann unseres regsten Interesses dabei versichert sein.

Hans Thoma Beilehung. Montag nachmittag fand in der Kapelle des Karlsruher Hauptfriedhofs die Gedächtnisfeier für Hans Thoma statt, der der Staatspräsident, der Finanzminister, der Oberbürgermeister, der Rektor und Vertreter des Senats der Universität Heidelberg sowie Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft betrauert. Die Gedächtnisrede hielt Kirchenrat Fischer, der das Lebens- und Charakterbild des Verstorbenen zeichnete. Dann wurde der Sorg von acht Schülern der badischen Kunstgewerbeschule zur letzten Ruhestätte auf dem nordöstlichen Teil des Friedhofs geleitet, wo die Stadt Karlsruhe ihrem Ehrenbürger einen Ehrenplatz einräumt hat.

Das Märchenpiel „Jährling der Himmelscheider“, von Max Jungnickel, gelangt im „Neuen Theater am Zoo“ bis auf weiteres an jedem Mittwoch, Sonnabend und Sonntag, nachmittags 8^{1/2} Uhr, zur Aufführung.

Nach dem Nachlaß von Bertold Brecht, dem verstorbenen norddeutschen Maler und Kunstschriftsteller, der jahrelang in Berlin am Schlosserstraße 10 wohnte, hat seine Witwe der Berliner Staatlichen Kunstsammlungen eine wertvolle Stiftung gemacht. Es sind rund 300 illustrierte Bücher des 19. Jahrhunderts, Werke über Kunst und Künstler der Gegenwart, sowie eine Sammlung von Einzelblättern, die sie der Kunstsammlungen in der Prinz-Albrecht-Strasse schenkt.

Eine Sammlung von Maxim Gorkis Erzählungen erscheint demnächst im Verlag Hoffmann & Bode in Leipzig. Sie umfaßt drei Bände und enthält alle die in ihrer Art klassischen Erzählungen, die Gorkis Ruhm begründet haben.

Der italienische Barbier.

Stagione in der Staatsoper.

Gewiß ist, belehrt durch das Fiasco der Mascagni-Gruppe, Berlin nicht mehr gewillt, eine neue Truppe ohne Kritik hinzunehmen. Ja es ist skeptisch geworden, auch wenn ein nach so berühmter Star über die Alpen geflogen kommt. Die gestrige erste Vorstellung des italienischen Ensembles, Koffinis Barbier, wurde warm und respektvoll, doch mehr unter dem Blickwinkel des gesellschaftlichen als des künstlerischen Ereignisses begrüßt. Der Regiepräsident mit Gattin wohnten der Aufführung bei und bewiesen durch ihre Anwesenheit die unentwegt freundschaftliche Gesinnung, die man in Deutschland italienischen Gästen in der Oper des Staates entgegenbringt. Ob allerdings der Preis eines Parteilippes von 24 M. resp. 30 M. eine richtige, deutschen Verhältnissen entsprechende Kalkulation ist, dürfte bezweifelt werden.

Der wahre Meister des Abends, der einzige vielleicht, ist Riccardo Stracciari. Er ist das belebende, lustige, anregende Element der Truppe, er hat die ausdrucksvollste, weitläufigste Stimme, mit der er, ab und zu unserem Bohnen ähnelnd, pathetisch, keck und ironisch zu spielen imstande ist. Seine Sprache, sein Regitativo ist ein melodischer Springquell, und wenn er auch das Primadonnenhafte nicht gerade ausschaltet, so wirkt kein quirisches Temperament bei aller Wohlbeleibtheit der Figur doch natürlich genug, um zu gefallen. Auch die Koffina, von der Frau Capri hat ihre Reize. Die Stimme ist nicht mehr in voller Blüte, doch bleibt ihr Biergeschmack, wenn er nicht in dramatischen Höhen zuspitzt klingt, ebenso gefällig wie das schnippische Spiel. Ein mittelmaßiger Tenor, der erst im zweiten Akt aufsteht, ein äußerlich wirklicher Vohbuffo, ergänzen das Ensemble, das man in ernster Oper gern wieder sehen möchte.

Das Außergewöhnliche hätte vom Orchester ausgehen können. Der Dirigent Armani hätte viele, vielleicht zu viele Striche aufgemacht und folgte seinen Sängern, sehr angemessen, sehr sicher. Aber die Tempi Italiens, die Berauschtigkeit, Grazie, Delikatesse und Unbeschwertheit dieser Edelpartitur hätten wir uns anders gedacht, haben wir in Deutschland schon einschmeichelnder gehört. Laut oder leise — das schien das wichtigste Problem für den Dirigenten zu sein. Er läste es leider nicht so sehr für die Feinhörigen als für die Schwerhörigen. Vielleicht fehlt ihm der Zusammenhang mit einem so feingliedrigen Instrumentalorganismus wie dem der Staatsoper, den er zu massiv und scharf ansah. R. S.

Hans Thoma als Vorkämpfer des Heimatshutes.

Hans Thoma ist wohl der erste freie Künstler gewesen, der auch eine politische Stimme zum Schutze der Kunst und der Heimat erhoben hat. Er wurde bekanntlich in die Erste Badische Ständekammer berufen und er hat in seinen vortrefflichen Reden,

die nur zum kleinen Teil veröffentlicht worden sind, die Wichtigkeit des Heimatshutes immer wieder eindringlich betont. Mit seinem Humor wußte er den Lecker meist so kunstfremden Politikern es beizubringen, daß der Künstler in Fragen des Heimatshutes der beste Sachverständige ist. „Die Künstler sind sehr bescheiden“, sagte er einmal; „einer der Hauptwünsche, der mir, seit ich im Landtag sitze, vorgetragen worden ist, besteht darin, daß sie auch einmal gehört werden wollen, wo es sich um Erhaltung der Kunst- und Naturdenkmäler des Landes handelt. Im Stillen habe ich mir gedacht, daß man die Künstler, die in gewissen Bezirken heimisch sind, zu Heimatshutemännern ernennen könnte — oder zu Wahlhütern, da diese ja den Titel „Fortwart“ angenommen haben.“

Der Meister klagte beweglich im Landtag über das allmähliche Verflinten der schönen deutschen Heimat. Er erläuterte das an einem drastischen Beispiel, indem er meinte, die Zeit sei gar nicht mehr so fern, da werde man das Gländersche Lied „In einem hühen Grunde, da geht ein Mühlrad“ nur noch mit einem Kommentar verstehen können. Was ist ein hühen Grund? wird man fragen, und die Erklärung wird lauten müssen: Da, wo jetzt die großen Eisenrohre hingehen, da war einmal im Tal ein Bach, der hat ein großes Mühlrad getrieben, über das das Wasser stürzte, so daß es im hellen Sonnenlicht wie Diamanten glitzerte. Und dann werden die Kinder weiter fragen: Wo ist denn die schöne Müllerin, die dort gewohnt hat? Ja, wird man antworten müssen, die arbeitet jetzt in der Fabrik oder ist Verkäuferin in einem Warenhaus in der Stadt; schön ist sie immer noch, aber sie hat keine roten Baden mehr.

Reben der Erhaltung der alten Bauernkunst, der Bauerntracht und Bauernbräute, für die Thoma unerträglich eintrat, hat er stets den Schutz der Landschaft gestellt, mit der ja diese Volkskunst aufs engste verflochten ist. Für keinen geliebten Schwarzwald hat er rührende Worte gesprochen und auch für seine geliebten Bewohner, die Singvögel. „Ich fühle mich sozuagen als Anwalt unserer Waldeskünstler“, meinte er in seiner schalkhaften Art. „Die Singvögel haben sich mit einer Petition an mich gewendet — ich weiß nicht, wie sie es erfahren haben, daß ich jetzt Mitglied der Ersten Kammer bin. Auch einige Raubvögel haben unterschrieben, und weil sie so schön sind, möchte ich auch für sie ein gutes Wort einlegen. Ich denke, der Haushalt der Natur ist doch wohl noch komplizierter als der Haushalt des Staates, und wer vermag so genau zu wissen, ob nicht am Ende auch diese Räuber eine Aufgabe zu erfüllen haben.“ So hat Meister Thoma nicht nur durch seine Kunst, sondern auch durch sein Wort und sogar als Politiker die Ideen des Heimatshutes vertreten, und man sollte wohl aus seinen Reden, Auffassungen und Sprüchen ein Büchlein zusammenstellen, das uns immer an diese Menschenpflicht gemahnt.

Das Fiasco des Bühnenvolksbundes in Berlin. Der Generalsekretär des Bühnenvolksbundes sendet uns zu unserer Betrachtung über den Zusammenbruch des Dramatischen Theaters einige Berichtigungen auf Grund des § 11. Die Leser werden gleich sehen, was für Berichtigungen das sind. Aber wir drucken sie gern ab. Also:

1. Es ist unwahr, daß das Theater in der Kommandantenstraße vier Wochen lang unter dem Regiment des Generalsekretärs Gerst gestanden hat. Wahr dagegen, daß dieses

Lohnaufbesserung bei der Reichsbahn.

Mit dem 1. Dezember d. J. tritt der tarifliche Zustand wieder ein. Für alle Lohngruppen tritt eine gleichmäßige Lohn-
erhöhung von 9 Proz. ein mit der Maßgabe, daß die Min-
destzulage 4 Pf. pro Stunde betragen muß. An Stelle
der zehntägigen Lohnzahlung tritt wieder die wöchentliche.

Kein Streik bei der Gasbetriebsgesellschaft!

Da der Schiedsspruch heute mittag für verbindlich
erklärt wurde, ist die Lohnbewegung bei der Gasbetriebsgesellschaft
beendet.

Verhandlungsbeginn in Wien.

Wien, 11. November. (W.B.) Die Verhandlungen
zwischen dem Präsidenten Dr. Guenther und den Vertretern der
Eisenbahner-Gewerkschaften haben heute um 12 Uhr begonnen.

Sympathiekundgebung für die Wiener Eisenbahner.

Eine vom Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deut-
schen Beamtenbundes veranstaltete öffentliche Be-
amtenversammlung vom 10. November überlieferte dem
Gewerkschafts- und Reichsausschußverein des Oesterreichischen Eisen-
bahnerpersonals in Wien folgendes Begrüßungstelegramm:

„Berliner Beamenschaft verfolgt Euren Kampf mit größtem
Interesse. Massenversammlung des Ortsausschusses Berlin des All-
gemeinen Deutschen Beamtenbundes versichert Euch warmster
Sympathie.“

Die Regierung Baldwin und Rußland.

Keine Ratifikation des englisch-russischen Vertrages.

London, 11. November. (Eigener Drahtbericht.) Die konse-
rvative Regierung ist sich bereits schuldig darüber, daß der von
Macdonald mit den Russen abgeschlossene Vertrag nicht ratifi-
ziert wird. Sobald Chamberlain die versäufene Sinowjew-
Angelegenheit erledigt hat, beabsichtigt er den Russen zu erklären,
daß der vorliegende Vertrag nicht ratifiziert wird, England aber
bereit sei, auf einer neuen Grundlage ein Vertragsverhältnis mit
Rußland herbeizuführen.

Baldwins erste Ministerpräsidentenrede.

Aus der Rede Baldwins, die in ausführlicher Fassung nunmehr
vorliegt, sind noch folgende Stellen zu entnehmen:

Bei den Wahlen habe das Land sich für geordnete Fort-
schritt und nicht für Stillstand ausgesprochen und habe
sich in entschiedener Weise gegen eine Rinderheitsregierung erklärt.
Das Hauptziel der britischen Regierung in der äußeren Politik werde
Stabilität und Folgerichtigkeit sein. (Lebhafte Bei-
falle.) Wir stehen zu den Friedensverträgen und wollen auf der
Grundlage dieser Verträge gute Beziehungen zu allen fremden
Mächten pflegen. Daß diese Politik keine Politik der Stagnation
ist, geht aus der von der letzten konservativen Regierung unter-
nommenen Aktion hervor, die in gerader Linie zum Damesse-
richt und zur Londoner Konferenz geführt hat, welche sich unter
der

geschickten Leitung Macdonalds

als so erfolgreich erwies. Die Konferenz war nicht nur wertvoll in
sich selbst, sondern sie hatte auch einen besonderen Charakter, da sie
den Wiedereintritt der Vereinigten Staaten in die
europäischen Angelegenheiten bedeutete. Baldwin erklärte, die Re-
gierung wüßte nicht, was die besonderen Umstände, die die ständige
Wirkung Amerikas bei den europäischen Angelegenheiten schwierig
erschweren, könne aber nicht umhin, ihre Dankbarkeit für die führende
Rolle zum Ausdruck zu bringen, die die Vereinigten Staaten bei
den Verhandlungen spielten, die in dem Londoner Protokoll ihre
Krönung fanden, das jetzt auf gutem Wege sei, durchgeführt zu wer-
den. Dieses sehr befriedigende und hoffnungsvolle Ergebnis würde
nicht ohne die staatsmännische Haltung der französischen
Regierung erreicht worden sein. Herriot habe sich die Dank-
barkeit Europas für seine Loyalität und Mäßi-
gung verdient und er könne sich versichern, daß die
britische Regierung fortfahren werde, ihm die freundschaftlichste und
festeste Unterstützung bei der Durchführung einer Politik, die er
selbst in so weitem Maße erleichtert habe, zuteil werden zu lassen.

Sodann folgte die von uns in dem allergrößten Teil unserer
Morgenausgabe bereits wiedergegebene Stelle über Deutsch-
land, die hinsichtlich des Völkerbundes wörtlich lautet:

Die Regierung begrüßt den Vorschlag, daß Deutschland in
den Völkerbund eintreten solle in einer Form, die

mit seiner eigenen Würde und seinen Verpflichtungen vereinbar
sei, und sie habe das Vertrauen, daß die Zulassung Deutschlands
nicht lange aufgeschoben werde.

Baldwin sagte weiter, der Völkerbund habe sich als
„Clearinghaus“ für internationale Streitigkeiten wiederum in der
Wahlfrage erwiesen. Wenn sich auch die britische Regierung
dem Lausanner Vertrag unterwerfe und erwarte, daß die Türkei
ebenfalls handeln werde, sei sie doch damit zurück, Fragen der Aus-
setzung dem Völkerbunde zu überlassen. Die Regierung habe nicht
die Absicht, sich in den Streit in Arabien wegen der Herrschaft über
die heiligen Stätten einzumischen, noch beabsichtige sie, als Vermittler
aufzutreten. Was Rußland und Ägypten anlangt, so habe es
die Regierung für verfehlt, jetzt schon irgendwelche Erklärungen
abzugeben. Die Regierung werde die großen Fragen, die die Vor-
zugsstellung der Dominien und die Reichsverteidigung betreffen,
noch einmal untersuchen, und das Genfer Protokoll werde in
einer Beratung mit den Dominien geprüft werden.

Zum Schluß erklärte Baldwin, die Regierung werde eine
fortschrittliche innere Politik

führen, um die sozialen Bedingungen der Massen zu
verbessern. So werde sie sich energisch mit dem Wohnungs-
mangel beschäftigen und die Gründe für die hohen Lebenshaltung-
skosten untersuchen. Es bestehe eine zu hohe Spanne zwischen den
Gesamtwahlkosten der Lebensmittel und den Kleinhandelspreisen, die
beseitigt werden müsse. Die Regierung werde eine nationale Politik
führen, so wie sie während der Wahl durch Anhänger aller Parteien
unterstützt worden sei.

Eine Botschaft Baldwins an Herriot.

Paris, 11. November. (W.B.) Der englische Botschafter Lord
Crewe hat gestern Abend dem Ministerpräsidenten Herriot eine
Botschaft der neuen britischen Regierung an die französische
Regierung überreicht. Der französische Ministerpräsident hat Lord
Crewe beauftragt, Baldwin den Dank der französischen Regierung
zu übermitteln.

Berlin ohne Hochbahn.

Seit heute morgen stehen alle Räder auf der Hoch- und Unter-
grundbahn still. Die Bevölkerung Berlins, die heute in den ersten
Morgensstunden zur Arbeit eilte, fand zu ihrer nicht angenehmen
Überraschung die Tore zur Hoch- und Untergrundbahn gesperrt und
Schilder mit der Aufschrift: „Geschlossen!“ Da der Ausbruch des
Streiks vielen überraschend kam, hatte er heute in den ersten Vor-
mittagsstunden mancherlei Verwirrung im Gefolge. Die Straßen-
bahnen und die Automobillinien waren befeuert denn je
und manches verspätete Eintreffen in Werkstätte und Bureau war
auf Konto des Streiks zu setzen. Im Lauf des Vormittags, als man
allgemein von dem Streik Kenntnis erhalten hatte, wickelte sich der
übrige Verkehr wieder reibungslos ab und nach unserer Kenntnis
ist es nirgends zu irgendwelchen turbulenten Szenen gekommen.
Ueber den Streik selbst, seine Ursache und Ausdehnung berichten
wir an anderer Stelle des Blattes.

Morgen ohne Gas?

Die Streikgefahr bei der Gasbetriebsgesellschaft hat
sich außerordentlich kritisch gestaltet. Der am letzten Sonnabend
gestaltete Schiedsspruch ist von der Direktion der Gasbetriebsgesellschaft
abgelehnt worden, während die Tarifkommission der Arbeiter den
Schiedsspruch anzunehmen bereit war. Neue Verhandlungen sind,
nachdem der Schiedsspruch gefällt worden ist, nicht mehr möglich.
Es ist möglich, daß, wenn nicht im Laufe des heutigen Tages das
Reichsarbeitsministerium den gefällten Spruch als verbindlich erklärt,
die Belegschaft am Mittwoch morgen geschlossen in den
Ausschritt tritt. Bei einem Streik bei der Gasbetriebsgesellschaft
würde der Süden, Südwesten und auch ein Teil der west-
lichen Außenbezirke betroffen werden.

Eine Autofalle.

Das Drahtseil über der Chauffee.

Eine neue Autofalle ist gestern Abend auf der Rauener
Chauffee zwischen Belten und Marwitz festgesetzt worden. Gegen
7 Uhr abends fuhr ein kleines Auto, in dem sich zwei Insassen, Gustav
Steinfeiler aus der Wilmersdorfer Straße 5 und Felix Grou-
lich, befanden, von Belten nach Rauener zu. Auf der Straße
zwischen Belten und Marwitz rannte der Wagen gegen ein über die
Chauffee gespanntes Drahtseil. Beide Insassen wurden am
Hals und am Hinterkopf verletzt, zum Glück jedoch nicht
gefährlich. Sie saßen noch, das Drahtseil weiter gespannt blieb, nach-
dem sie darunter hinweggefahren waren. Eilig fuhren sie nach
Rauener, erstatteten dort Meldung und fuhren gleich nach Berlin
weiter, um auch hier der Kriminalpolizei Mitteilung zu machen. Alle
Ortspolizeibehörden wurden telephonisch benachrichtigt. Der Chef der
Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, beauftragte Kriminal-
kommissar Galzow mit der Aufklärung dieses Verbrechens und
ferner auch der Anschläge, die in der letzten Zeit auf der Berlin-
Rauener Chauffee und anderwärts verübt wurden. Der
Kommissar ist heute früh in Begleitung der beiden Verletzten zum
Tatort nach Belten gefahren.

Die schwarzweißrote Oberrealschule.

Wir berichteten in Nr. 528, daß in einer Elternversammlung der
Luisenstädtischen Oberrealschule (Dresdener Straße)
bei der Enthüllung eines der Schule geschenkten Schiffmodells
auf Aufforderung des Direktors Dr. Grundscheid das Flag-
genlied gesungen wurde. Der Refrain dieses Liedes lautet:
„Dir wollen wir stets ergeben sein, gehen bis in den Tod, dir wollen
wir unser Leben weihen, du Flagge schwarzweißrot.“ Zur Ergänzung
teilen wir heute mit, daß inzwischen dieses Modell eines
Handelschiffes auf dem Fluß der Schule aufgestellt worden ist und
den Bildern der Lehrer und der Schüler sich im Schmutz einer
schwarzweißroten Fahne darbietet. Wohlgerichtet: Das
Schifflein trägt nicht die jetzt als deutsche Handelsflagge dienende
schwarzweißrote Fahne mit der sich bescheiden in eine Ecke drückenden
schwarzrotgoldenen Gisch, sondern eine „unverfälscht“
schwarzweißrote Fahne ohne die schwarzrotgoldene Gisch!
Dem Herrn Oberstudienrat Dr. Grundscheid empfehlen wir drin-
gend das Studium der von der Zollbehörde vor längerer Zeit an alle
Schulen versandten Flaggenliste. In der Elternversammlung wies
er richtig darauf hin, daß das Geschenk eines solchen Schiffes sich
besonders gut für eine Schule eignet, die eine Vorstufe für Träger
deutscher Technik und Wissenschaft ist. Es scheint aber, als wolle
man in der Luisenstädtischen Oberrealschule auf Provinz eines
Deutschtums besonderer schwarzweißroter Art heranzüchten. Wir
ermahnen und fordern, daß die Flagge des Kaiserreiches schleunigt
von dem Heck des Schiffleins verschwindet. Sorgt der Anstalts-
leiter nicht selbst dafür, so muß er durch höhere Weisung dazu an-
gehalten werden. Hier hätte Stadtrat Benedek sogleich eine treff-
liche Gelegenheit, seine „Eignung“ für die Verwaltung des höheren
Schulwesens zu zeigen.

Das Pferd mit dem Dummkoller.

Wegen Betruges hatte sich der Pferdehändler, Bernhard
Rüchler vor dem Weisenauer Amtsgericht zu verantworten. Beim
Verkauf eines Pferdes hatte der Angeklagte verschwiegen, daß
das Tier den Dummkoller hatte. Ende Juni dieses Jahres
erhielt R. aus Ostpreußen mehrere Pferde. Unter diesen befand
sich ein Fuchswallach für einen Kaufpreis von 200 M. Schon am
ersten Tage bemerkte der Händler, daß das Tier nicht ganz einwand-
frei war. Trotzdem verkaufte er das Tier für 250 M. an einen
Schächtermeister in Oberschöneweide. Ein Tag später kam der
Käufer mit dem Wallach zurück und bemerkte, daß das Tier dumm
sei. Am 15. Juli brachte der Angeklagte seine geliebten Pferde
nach dem Weisenauer Pferdemarkt. Hier wurde das dummkollische
Pferd an einen Fuhrmann für 200 M. verkauft. Beim Kaufabschluß
bemerkte der Händler noch ausdrücklich, daß das Tier „ehrlich
und gut“ sei. Der Handel wurde sofort abgeschlossen und die
Kaufsumme kassiert. Im Stalle des Fuhrmannes bekam das Pferd
seine „Stunden“. Es warf sich auf die Erde und tobte herum. An-
spannen ließ es sich nur widerwillig. Der Fuhrmann konnte mit
dem Tier nicht fertig werden. Schließlich wurde auf der Tier-
arzneischule festgestellt, daß das Pferd den Dummkoller habe.
Als sich nun der Betrogene an den Pferdehändler wandte, wurde
er von diesem barsch abgemiesen. Der Bruder des Angeklagten
bot dem Fuhrmann sogar Ohrfeigen an. Der Anwalt betonte,
daß der Angeklagte die erheblichen Mängel des Pferdes beim Kauf-
abschluß verschwiegen habe. Daß der Wallach als Quatier nicht zu
gebrauchen war, wußte R. sehr wohl. Er habe daher wissentlich
einen ganz gemeinen Betrug begangen. Der Anwalt bean-
tragte 150 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf 250 Gold-
mark Strafe.

In der Notwehr.

In der Nacht zum Sonnabend zwischen 1 1/2 und 1 3/4 Uhr wurde
der Bellshuhmader Grütze am Elisabethufer hinter der Gos-
nastalt mit einem Kopfschuß schwerverletzt aufgefunden. Man
glaubte zunächst an ein Verbrechen, zumal die Schußwunde fehte.
Grütze hat sich jetzt im Krankenhaus so weit erholt, daß er ver-
nommen werden konnte. Wie er selbst sagt, hat sein Gegner in
der Notwehr gebandelt. Er hatte versucht, diesem eine klobige
Lederner Aktentasche zu entreißen. Um den Anreißer abzuwehren,
zog der Unbekannte einen Revolver und schoß ihm eine Kugel
in den Kopf. Dann lief er davon. Zeugen des Vorganges
werden noch gesucht, insbesondere ein Arbeiter aus Neutölln,
der zuerst auf den Verletzten aufmerksam wurde, zwei junge
Männer, die diesen Arbeiter ansprachen und auch die, die den
Verletzten nach dem Krankenhaus brachten. Sie werden erfragt,
sich bei dem Polizeiamt Kreuzberg am Belle-Allianceplatz, Zimmer
35, zu melden oder bei der Dienststelle B. 11. 5 des Polizei-
präsidiums. Ebenso der Mann, der in der Notwehr

den Schuß abgegeben hat. Dieser ist ein großer, harter,
etwa 30 Jahre alter Mann mit schwarzem, vollem, nach oben ge-
drehtem Schnurrbart. Er trug einen Künstlerkollenderhut.

Betäubungsversuch am Fahrkartenschalter?

Der Mann mit der Zigarette.

Ein Anschlag mit einem Betäubungsmittel, der auf einen
Schalterbeamten des Potsdamer Bahnhofes verübt sein soll, be-
schäftigt seit einiger Zeit die Kriminalpolizei. Am 1. d. M., abends
gegen 11 Uhr, löste ein Mann zu dem Juge, der 11.03 Uhr nach
Potsdam abfährt, eine Fahrkarte, während eine Frau hinter ihm
stand. Während der Schalterbeamte die Karte aus dem Fach nahm
und stampelte, blies der Käufer den Rauch seiner Zigarette
sehr stark durch das Schaltergitter in den Raum hinein. Der Be-
amte fühlte sich plötzlich unwohl und verlor die Be-
wußtsein. Ein zweiter Beamter, der sich noch in dem Raum be-
fand, wurde ebenfalls benommen und öffnete ein Fenster.
Unterdessen waren der Mann und die Frau weggegangen. Die Be-
amten nehmen an, daß der Fahrkartenschalter es auf einen Raub
der Schalterkasse abgesehen hatte, von seinem Pano oder
Abstand genommen habe, als er den zweiten Beamten sah. Der
erste Beamte mußte ein Krankenhaus aufsuchen. Der Beamte, der
am nächsten Morgen den Schalterdienst übernahm, merkte eben-
falls noch einen üblen Geruch. Ob wirklich ein Anschlag mit einem
Betäubungsmittel vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden. Man
sollte meinen, daß dann auch der Käufer der Zigarette selbst
darunter hätte leiden müssen, wenn sein Tabak irgendwie präpa-
riert gewesen ist. Auch hätte sich wohl ein Betäubungsmittel am
nächsten Morgen verflüchtigt, um so mehr, als ein Fenster geöffnet
worden war. — Diebstähle in Stadtbahnwagen, die unter An-
wendung von Betäubungsmitteln verübt worden sein sollten, haben
wiederholt die Kriminalpolizei beschäftigt. Die Betroffenen glauben
immer, daß der Dieb sie mit einem solchen Mittel eingeschläfert habe.
In den allermeisten Fällen aber hat sich das als unrichtig er-
wiesen. Andere blieben ungeklärt. Auf dem Potsdamer Bahnhof
muß man doch wohl mit der Möglichkeit rechnen, daß das Unwohl-
werden der Beamten auf eine andere Ursache zurückzuführen ist.
Leider kann der Beamte den Käufer der Fahrkarte nicht beschreiben.

Schwere Explosion in Schöneberg. Aus noch nicht geklärt
Ursache entstand heute vormittag in einer Abteilung der Bomben-
fabrik in der Feuerstraße in Schöneberg eine
schwere Kesselexplosion. Zwei dort beschäftigte Ar-
beiter erlitten starke Brandwunden im Gesicht und an den
Händen. Man veranlaßte die sofortige Uebersiedlung in das
Zuquell-Viktoria-Krankenhaus, wo man den Verletzten erste Hilfe
leistete.

Eine Scheune mit Erntevorräten niedergebrannt. In der letzten
Nacht brach um 2 Uhr in dem Dorfe Schönefeld bei Grünau in
einer großen, mit Erntevorräten gefüllten Scheune in der
Dorfstraße Feuer aus, das sich sehr schnell ausbreitete. Die freiwilligen
Wehren aus Alt-Glienicke, Buckow, Johannistal und anderen Orten
waren bald zur Stelle. Die Berliner Feuerwehr erkannte die Wa-
che aus Niederlehnoweide, die mit zwei Rohren stärksten Kalibers wirk-
sam löschte. Nach vierstündiger Tätigkeit konnte diese
Wa-
che wieder abziehen. Die freiwilligen Wehren, die ebenfalls mader
sich an den Löscharbeiten beteiligt hatten, konnten erst nach der Auf-
räumung abziehen. Der Schaden ist groß.

Der Gast. Wegen Arbeitslosigkeit vergriffene sich der 33jährige
Ingenieur Hans Steffen aus Schöneberg, Cheruskerstraße 18,
mit Gas. Der Arzt der Rettungshilfe Schöneberg konnte nur noch
den Tod feststellen.

Aufwertungsausfluß der Kreisparkeffe Niederbarnim. Dem
Vorgehen der Berliner Sparkasse und des Kreisauausschusses Letztem
folgend, beabsichtigt auch der Kreisauausschuß des Kreises Nieder-
barnim, allen über 65 Jahre alten Sparern der Kreis-
sparkasse auf den Goldmarkwert ihrer Sparguthaben einen Auf-
wertungsvorschlag zu machen. Anträge unter Vorlegung des
Sparbuches und einer Urkunde über das Lebensalter des Sparers
nehmen in der Zeit vom 16. November bis 31. Dezember 1924 die
Kreisparkeffe, deren Nebenkassen und Nebenstellen entgegen.

Ein Siebzigerjähriger! Genosse Bernhard Plehner heging am
9. November seinen 70. Geburtstag. Plehner ist Mitbegründer des
früheren Verbandes der Bureauangestellten und bereits seit Jahr-
zehnten eifrig in der Partei tätig. Am Sonntag hatten sich im
Altersheim Buch, dessen Amale Gen. Plehner ist, eine große An-
zahl von Parteigenossen und Kollegen eingefunden, um ihre Glück-
wünsche zu übermitteln. Der Gesangsverein Prenzlauer Berg leitete
die Feier durch Gesangsbeiträge ein und benutzte die Gelegenheit,
auch die übrigen Anwesen des Altersheims durch seine Darbietungen
zu erfreuen.

Warnung vor Juzug ins belehete Gebiet. In den letzten Wochen
sind zahlreiche Personen — auch ganze Familien, sogar mit kleinen
Kindern — aus den verschiedensten Gegenden des Reichs, namentlich
aus dem Osten, auf gut Glück in den rheinisch-westfälischen Industrie-
bezirk gezogen in der Hoffnung, dort Unterkunft und Arbeit zu
finden. Vor solchem Juzug wird dringend gewarnt.
Bei der überaus ungünstigen Wirtschaftslage des rhein-
isch-westfälischen Industriebezirks mit seiner immer noch riesigen
Zahl von Arbeitslosen müssen die Zuziehenden damit rechnen, das
herrschende Elend noch zu vermehren und auf Arbeitslosenfürsorge
oder Armenpflege angewiesen zu sein.

Das erste Wohlthätigkeitskonzert des Sinfoniorchesters der Schutzpolizei,
das am 12. November mit Kammerleiter Walter Kirchhoff im Bühnen-
saal stattfand, ist bereits ausverkauft. Karten sind nicht mehr er-
hältlich. Das zweite Konzert findet vor Weihnachten statt.

Ein grauenvolles Attentat.

Das unheimbare Paket.

Auf den Arbeiter Johannes Schulz des bei Dortmund ge-
legenen Eisen- und Stahlwerkes Hoesch wurde ein grauenvolles
Attentat verübt, dem er wie seine Familie zum Opfer fiel. Als
er das Werk verließ, erhielt er vom Portier ein für ihn obgegebenes
Paket in der Größe eines Ziegelsteins. Bei dem Versuch, das Paket
in seiner Wohnung zu öffnen, explodierte dessen Inhalt, der
aus schweren Sprengkörpern bestand. Schulz wurde
gräßlich zugerichtet. Der Leib wurde ihm aufgerissen, außerdem
verlor er die rechte Hand. Seine im Zimmer wohnende Haus-
halterin sowie drei Kinder wurden lebensgefährlich
verletzt. Die Zimmereinrichtung wurde vollständig zerstört.
Schulz starb auf dem Transport zum Krankenhaus, auch die an-
deren vier Verletzten werden kaum mit dem Leben davontommen.
Ueber den Täter fehlt jede Spur. Man nimmt an, daß es sich um
einen Rasenst der ersten Frau des Getöteten handelt.

Den Kopf abgerissen. Auf dem Rappolter Militärgelände
demonstrierte, wie aus Budapest gemeldet wird, Oberleutnant
Alois Balas vor der Mannschaft, wie eine Handgranate geworfen
werden müsse. Die Granate explodierte vorzeitig
und riß den Kopf des Oberleutnants in Stücke. Eine Untersuchung
wurde eingeleitet, ob die tobbringende Granate fehlerhaft hergestellt
oder die Explosion infolge unrichtiger Handhabung verursacht wurde.

Oslo flakt Christiantia! Die Norwegische Gesandtschaft teilt
amtlich mit, daß infolge Befehles vom 11. Juli 1924 die Hauptstadt
Norwegens ab 1. Januar 1925 Oslo heißt. Der jetzige Name
Christiantia ist somit vom 31. Dezember d. J. geistlich aufgehoben.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 4, Seckauerstr. 57/58, Hof 2 Et.
Kation Kameradschaftsleiter: Solori Bahmalmaterial von der Geschäfts-
stelle, Seckauerstr. 57 (Barnim) abholen. Gauvorsitz.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lüge als Kampfmittel.

Wenn die „Rote Fahne“ der RPD nun schon einmal darauf eingestellt ist, die Lüge als Kampfmittel zu benutzen, dann dürfte sie bei der langen Übung im Gebrauch dieses Kampfmittels denn doch nicht gar so plump mehr damit umgehen. Wer soll ihr denn den Schwinkel abnehmen, daß die von der Reichsbahn-Gesellschaft geplanten Arbeiterentlassungen eine abgekartete Geschichte zwischen Gewerkschaften und Reichsbahn-A. G. seien. Dabei fordert die „Rote Fahne“ die gewerkschaftliche Einheitsfront. Wir möchten die Gewerkschaft sehen, die mit solch gemeinen Verleumdern eine „Einheitsfront“ herstellen wollte.

In der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ haben wir den Sachverhalt ausführlich geschildert und die Andeutung des „8-Uhr-Abendblattes“ zurückgewiesen, als seien die für die nächsten Monate vorgesehenen Entlassungen nicht ohne vorheriges Benehmen mit den Gewerkschaftsvertretern erfolgt. Weder der Hauptbetriebsrat noch der Deutsche Eisenbahnerverband haben sich hiermit einverstanden erklärt. Trotzdem kommt die „Rote Fahne“ mit der abgekarteten Geschichte.

Weil der „Vorwärts“ sich über die Situation in der RPD in Berlin und ihrer Gewerkschaftsaktion so gut unterrichtet gezeigt hat, zieht die „Rote Fahne“ daraus den Schluss, daß der „Vorwärts“ auch wissen müsse, was in der Diktation der Reichsbahn vor sich geht. War es schon auffällig, daß der früher sehr gut orientierte „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer keine Zeile von den geplanten Massenentlassungen bei der Eisenbahn brachte, so hat das weitere Schweigen in seiner Montag-Abendausgabe... ganz klar gezeigt, daß die Eisenbahner von den Gewerkschaften und den Dames-Parteien schmählich verraten und verkauft werden sollen, ohne daß man davon in der Öffentlichkeit auch nur besonders verdröh.

Was jetzt sind es immer noch die legalen Vertretungen der Eisenbahner, vorab der Deutsche Eisenbahnerverband, die die Interessen der Eisenbahnarbeiter zu wahren haben und nicht die RPD, mit ihrer „Roten Fahne“, denen nichts mehr verbohrt ist als die Gewerkschaften und die SPD. Wenn die Moskauer Fiktion glaubt, mit solchen kassidischen Lügen ihren „stark zurückgegangenen Einfluß“ auf die Eisenbahner zu verstärken, mag sie so weitermachen.

Am 7. Dezember geben ihr auch die Eisenbahner die gehörige Antwort.

Verteidigung des Tapeziererstreiks.

Aus Anlaß der Teilstreiks, die in einer Anzahl Werkstätten des Tapezierergewerbes wegen der Lohnunterschieden ausgebrochen waren, fanden gestern mit den Unternehmern Verhandlungen statt. Es gelang den Organisationsvertretern, die Unternehmer zu Lohnzulagen zu bewegen, die etwa 13 Proz. betragen. Die Erhöhung wird sich so auswirken, daß männliche Vollarbeiter einen Stundenlohn von 85 Pf., Junggefellern einen solchen von 52 Pf., Näherinnen 50 Pf. und ungeübte Näherinnen 43 Pf. erhalten werden. Die Löhne bedeuten Mindestlöhne, die ab 8. November bis zum Jahreschluß gelten sollen.

Eine Versammlung der Streikenden, die heute morgen stattfand und in der Müller vom Verband der Portefeuillier und

Tapezierer den Bericht gab, nahm nach kurzer Aussprache das Verhandlungsergebnis an. Damit ist der Streik beendet. Die Arbeitsaufnahme muß nach der Vereinbarung spätestens am Donnerstag früh erfolgen. Die Vereinbarung gilt für das gesamte Gewerbe in Groß-Berlin.

Der Protest der Beamten.

„Gegen Wucher und Ausbeutung, für sofortige Gehaltserhöhung“ veranstaltete gestern abend der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes eine Versammlung, die von den Beamten außerordentlich stark besucht war. Runge vom Bundesvorstand führte zum Thema aus:

Der ADB nimmt als erste Spitzenorganisation Stellung zu den Beamtengehaltsverhandlungen, die in den letzten sechs Wochen stattgefunden haben. In der Zeit, in der die wichtigsten Lebensmittel ganz außerordentlich im Preise gestiegen sind, ist den Beamten kein Pfennig Zulage gewährt worden. Noch heute müssen die Beamten mit den Gehältern auskommen, die ihnen in vollkommen unzulänglicher Höhe am 1. Juni bewilligt worden sind. Damals hatten es die höheren Beamten verstanden, sich selbst 71 Prozent Erhöhung zu bewilligen, während die unteren Gruppen mit ganzen 17 Prozent abgespeist wurden. Die Steigerung der Lebensmittelpreise trifft somit den kleinen Beamten mit voller Wucht. Nicht die Erhöhung der Gehälter hat diese Verteuerung der Lebenshaltung bewirkt, wie damals die Regierung feststellen wollte, sondern gemeinste Spekulations- und Profitgier der agrarischen Kreise. Trotz der von der Regierung angekündigten „Preislenkungsaktion“ erfolgte die Vorlegung der Schutzollvorsorge im Reichstag. Schon ihre Ankündigung ließ den Getreidepreis emporschnellen. Aber Finanzminister Luther war optimistisch genug, von der Zurückziehung der Vorsorge ein Gleichbleiben der Lebensmittelpreise zu erwarten.

Bei den Gehaltsverhandlungen zeigte es sich klar, daß die Hintermänner des Großkapitals und der Schwerindustrie die Haltung der Regierung beeinflussten. Der ADB forderte den Deutschen Beamtenbund auf, bei dieser Sachlage mit den Arbeiterorganisationen eine gemeinsame Kampffront zu bilden. Aber alle Vorstellungen blieben leider erfolglos. Bei den veränderten Lebensverhältnissen hatten die Beamten von der Regierung eine automatische Neuregelung der Gehälter erwartet, aber nichts rührte sich. Als am 24. Oktober die Beamtenorganisationen im Finanzministerium zu Verhandlungen erschienen, wurden sie auf den Korridoren von weiblichen Hilfskräften und Amtsdienern abgesperrt. (Stürmische Plurale aus der Versammlung.) Ende Oktober teilte der Finanzminister mit, daß sich an der ablehnenden Haltung der Regierung nichts geändert habe. Das sagte der Minister zu derselben Zeit, als die Preise fortgesetzt weiterstiegen. Leider hinderliche die organisatorische Zersplitterung der Beamten, der Regierung die richtige Antwort zu geben. Unter lebhaftem Beifall stellte der Referent fest, daß hinter dem Vorgehen der Regierung und besonders des Finanzministers die Absicht stehe, den Beamten die republikanische Staatsform zu verfehlen. Die Beamten müssen unter allen Umständen daraus die politischen Schlussfolgerungen ziehen.

Runge kritisierte scharf die Ankündigung der Regierung, „maßvolle Gehaltsausbesserungen“ zu gewähren. Unter dieser Aufbesserung versteht man die „Annäherung“ der Gehälter an die Friedenslöhne in der Form, wie das am 1. Juni in Erscheinung trat. Im übrigen stellt sich die ganze Angelegenheit als eine üble Wahimache der Regierung heraus. Von den Steuerabbaumaßnahmen der Regierung wird die untere

Beamenschaft nichts spüren. Ihnen wird auch in Zukunft nur der Kampf bleiben, ein Kampf, der aber nur in Organisationen geführt werden kann, die, wie der ADB, auch kämpfen wollen.

Nach ausgiebiger Diskussion wurde ein Sympathietelegramm an die kämpfenden österreichischen Eisenbahner gerichtet. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde eine angemessene Gehaltsausbesserung gefordert und versprochen, nach dem Muster der österreichischen Beamten auch dafür zu kämpfen.

Sperre über das Berliner Sinfonie-(Blüthner-)Orchester.

Durch Anfragen aus Arbeiterkreisen veranlaßt geben wir bekannt, daß von der über das Blüthner-Orchester verhängten Sperre selbstverständlich auch die eigenen Konzerte dieses Orchesters betroffen werden. Wie sich die Mitglieder der freien Gewerkschaften Veranlassungen gegenüber verhalten sollen, bei welchen das Blüthner-Orchester zur Mitwirkung herangezogen wird, darüber bedarf es wohl keiner besonderen Belehrung.

Bzüglich der letzten Bekanntgabe der gesperrten Theaterbetriebe sei gesagt, daß die Aufführungen der Operette „Der Tanz um die Wiebe“ nicht mehr im Künstlertheater, sondern im Neuen Operettenhaus (Schiffbauerdamm) stattfindet. Es gilt somit jetzt das Neue Operettenhaus als gesperrt.

Deutscher Musiker-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Erklärung der italienischen Gewerkschaften.

Trotz Faschismus und Kommunismus.

Generalsekretär Aragone machte der „Roma“ folgende Angaben über die gegenwärtige Stärke des sozialistischen italienischen Gewerkschaftsbundes: Der Bund zählt 400 000 Mitglieder. Die Organisation ist in den letzten Monaten gewaltig verbessert worden. Abgesehen von den Feldarbeitern blieben die Arbeiter aller Gewerbezweige dem Bunde treu. In der Emilia und in Toscana, wo die Faschisten noch stark sind, sind die öffentlichen Angestellten in den faschistischen Gewerkschaften verblieben, obwohl sie mit den sozialistischen sympathisieren. Viele Eisenbahner gehören heimlich wieder dem Gewerkschaftsbund an, da sie sich durch offene Stellungnahme nicht Verfolgungen aussetzen wollen. In vielen Gewerkschaften werden heimliche Gewerkschaften gebildet, um die Angehörigen vor Verfolgungen der Faschisten zu schützen.

Lohnsatz für die Berliner Landschaftsgärtner. Die Stundenlöhne betragen ab 3. November 1924: Für Gärtner unter 20 Jahren im 1. Jahre der Branchentätigkeit 0,63, über 20 Jahren nach einjähriger Branchentätigkeit 0,70, über 20 Jahre im 1. Jahre der Branchentätigkeit 0,72, über 20 Jahre nach einjähriger Branchentätigkeit 0,80, für Obergärtner und Anlagenleiter 0,85, für Arbeiter unter 20 Jahren 0,50, über 20 Jahre 0,70, über 20 Jahre nach dreijähriger Branchentätigkeit 0,72, für Frauen 0,45 Goldmark. Die Zuschläge betragen pro Tag 3 1/2 Stunden. Der Lohnsatz gilt ab 3. November 1924 bis auf weiteres und kann mit wöchentlicher Frist gekündigt werden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Morgen abend 7 Uhr im Großen Saal des Lohrerreinhauses, große öffentliche Preisverteilung aller Reichs- und Staatsarbeiter. Tagesordnung: Der Lohnsatz der Reichs- und Staatsarbeiter und der realistische Standpunkt der Reichsregierung.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: F. Glatzer; Feuilleton: Dr. John Schütz; Sozial und Sonstiges: Fritz Kuchardt; Anzeigen: H. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Ihrem langjährigen Kollektor, Genossen Hugo Sahr zu seinem 60. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Der J. Abteil

ca. 700 Strickwesten
Jacken, Rodelgarnit., Jumper, Schals, Mützen etc. in neuest. Mustern und richtiger Ausführl. zum Einzelverkauf ständ. am Lager v. 8.30 bis 19.50 M.
Bleibtes Kinderkleidung zu Originalpreisen. Bitte kommen Sie vertrauensvoll zu uns; Sie finden das Richtige. Bruno Richter & Co., Fabriklager Thür. Wollwaren, Berlin-Pankow, Mühlentstr. 1, Ecke Breite Str. Geschäftszeit 9-7

Gelegenheit
Reste f. Wintermäntel u. Kostüme: Sealplüsch, Samt, Krimmer.
Futterselken u. Halbselken bedeutend unter Preis.
Haarpuder, Goltzstr. 2 (Grunwaldstraße)

Hosen
Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
Nüchtern-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügener Str. 25 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenb. - Käufe in Resten
Stores, Bettdecken, Matras- und Klattgardinen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof.

Inserate im Vorwärts
sichern Erfolg!

Hosen-Anders
Bauschstraße 25

RICHARD LOHMANN

HILDE LICHTWARK
Tage einer entwurzelten Jugend
Ein Roman, wie er spannender, erschütternder nie geschrieben wurde
In Ganzleinen gebunden 2,50 M.
Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung und J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstraße 2

Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter

Eine kleine Kulturgeschichte mit zeitgenössischen Bildern von
PAUL KAMPFFMEYER

In Ganzleinen gebunden 1,75 Mark

Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Gegen
bequeme Wochen- oder Monatszahlungen
geben wir jetzt auch aus eigener Fabrikation
Damen-Konfektion
zu bekannt billigen Preisen ab.
Oskar Wollburg,
Brunnenstraße 56-57
Kredit-Abteilung.

Bären-Stiefel
für Herbst und Winter
zuverlässig, dauerhaft, billig!
Hans Bähr, Spittelmarkt 7 (vor der Brücke)

ENORM PREISWERTE GELEGENHEIT!

KLEIDERSTOFFE

Gestreifte Stoffe mit Seideneffekten für Blusen und Kleider, Meter	0.95
Crêpe Marocain entzückende Muster für Kasack und Jumper ca. 100 cm breit	1.95
Hauskleiderstoffe inhartiges Gewebe mit Nadeldreiecken, marine oder schwarz, ca. 140 cm breit	2.25
Reinwollene Musseline neueste Muster für Kleider und Kasack	2.90
Reinwollene K'garn-Cheviots schwarz kostbar, 150er-mar., sch.w., Nr. 13	3.75
Reinwollene Ulsterstoffe extra schwere Qualität, ca. 140 cm breit	3.90
Reinwollene Kleider-Schotten moderne Bindungen, ca. 105 cm breit, Nr.	4.95

WOLL- U. WIRKWAREN | HANDARBEITEN

Strickmützen für Knaben u. Mädchen, viele Farben	0.95	Taschentücher gen. Richellen, Madeira u. Schattentücher, gen. W. Wachsstoff, gen. Richellen, Madeira	0.15
Kopftücher schwarz, reine Wolle	1.75	Hemdpasser gen. Richellen, Madeira	0.48
Kindergarnituren Wolle, Schal und Mütze	1.95	Kaffeewärmer gen. Richellen, Madeira	0.68
Barchenthemden für Knaben u. Mädchen, 60 cm lang	1.95	Kissenplatten gen. in allen Stückarten	0.85
Trikot-Schlüpfer in sogeräubtem Felle	2.50	Untertailen guter Wachsstoff, gen. in hübschen Mustern	0.85
Barchenthemden für Herri u. Damen, versch. Streif. schwarz	2.95	Kissenplatten in Rippe, sch.w., farb. gen. hübsche Muster	1.95
Futter - Untertailen schwere Qualität	3.50	Tischläufer bestickt, reich mit Spitzen garniert	2.25
Wollene Herren-Sweater gen. 2	7.85	Küchenschnur mit Blende, gen. Wachsstoff, 8 d.	9.85

CHAUSSEESTR. 61-62

Ecke Liesenstraße | **Singer** | Untergrundbht. Schwarzkopffstraße

Von 12 1/2 - 3 Uhr geschlossen